

Bundestag soll mit speziellem Fonds Friedensdienste unterstützen

Netzwerk Friedenssteuer hat zu internationaler Konferenz nach Berlin eingeladen

Berlin (epd). Mit einer Lobbykampagne will das "Netzwerk Friedenssteuer" den Deutschen Bundestag dafür gewinnen, einen Fonds zur Unterstützung von Friedensdiensten zu schaffen. Wie Netzwerk-Sprecher Günther Lott am 5. September zum Auftakt einer internationalen Konferenz für Friedenssteuer-Initiativen in Berlin erklärte, sollten aus diesem Fonds zivile Friedensdienste, die sich in Krisengebieten für die Verhinderung von Kriegen einsetzen, unterstützt werden.

Eine dazu erarbeitete Gesetzesvorlage sieht vor, den Militärhaushalt gesondert zu führen. Dem Steuerzahler soll so die Möglichkeit gegeben werden, einen Teil seiner Steuern in den Friedensfonds einzuzahlen. Unterstützt wird die Kampagne derzeit mit einer bundesweiten Unterschriftenaktion, an der sich bereits mehrere tausend Menschen beteiligt haben.

Die Einrichtung eines solchen Fonds sei nach den Anschlägen vom 11. September letzten Jahres besonders wichtig geworden, unterstrich der langjährige Leiter des Internationalen Versöhnungszentrums im englischen Coventry, Paul Oestreicher. Seither sei der Konsens der westlichen Gemeinschaft aufgebrochen worden, Kriege nur als allerletztes Mittel der Verteidigung einzusetzen, betonte der Politologe und anglikanische Geistliche. Die bisher von einigen wenigen praktizierte Militärsteuerverweigerung sei ein unverzichtbares "Zeichen des Gewissens einer Minderheit".

Auf der alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Konferenz wollen bis 8. September über 100 Teilnehmer aus 16 Staaten über Möglichkeiten und Strategien der Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuer-Initiativen beraten. Gastgeber der Konferenz ist das 1983 von Kirchen und Gruppen gegründete "Netzwerk Friedenssteuer", das 1993 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde. (3690/05.09.2002)

Netzwerk Friedenssteuer verurteilt gegen Irak gerichtete Kriegspläne

Internationale Tagung mit über 100 Militärsteuerverweigerern in Hirschluch beendet

Berlin (epd). Mit dem Appell, alle gegen den Irak gerichteten Kriegsvorbereitungen sofort zu stoppen, ist am 8. September in Hirschluch bei Berlin die neunte Internationale Konferenz der Militärsteuerverweigerer zu Ende gegangen. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die über 100 Delegierten aus 16 Ländern Europas, Afrikas, Asiens und Amerikas die Regierungen ihrer Heimatländer dazu auf, sich weder an den Kriegsvorbereitungen zu beteiligen noch Hilfen durch Überflugrechte oder die Nutzung von Nachschubwegen zu gewähren.

Nachdrücklich forderten die Delegierten zudem die Anerkennung des Rechts auf Militärsteuerverweigerung und die staatliche Unterstützung von Friedensinitiativen durch eine so genannte Friedenssteuer. "Nach wie vor besteht ein krasses Missverhältnis zwischen den außerordentlich hohen Militärausgaben und den viel zu geringen Etats für Unterhalt und Ausbau ziviler Friedensdienste", beklagten die Konferenzteilnehmer.

Die Kirchen und ihr Zusammenschluss im Weltkirchenrat werden in dem Text gebeten, die gewissenbedingte Militärsteuerverweigerung als Teil der "Dekade zur Überwindung von Gewalt" zu verstehen und aktiv zu unterstützen. Dieses Recht sollte auch im Prozess der Verfassungsgebung der Europäischen Union verankert werden, unterstreicht der gemeinsame Appell. (3733/08.09.2002)